

Tirol

„Wenn jemand so in der Privatwirtschaft agieren würde, wäre er schnell aus dem Geschäft.“ Postgewerkschafter Heinz Kirchmair



Die Einnahmen aus der Jagd wurden der Gemeinde Pflach im Zusammenhang mit der Agrargemeinschaft verwehrt. Foto: dpa

Agrarsenat löst Wirbel aus

Von Peter Nindler

Innsbruck – In der Debatte rund um die Gemeindegutsagrargemeinschaften sorgt eine Entscheidung des Landesagrarsenats für neuerliche Aufregung: Im Gegensatz zur bisherigen Spruchpraxis der Abteilung Agrargemeinschaften und der Expertenmeinung hat der Landesagrarsenat als Berufungsinstanz im Fall der Gemeinde Pflach die Erlöse aus der Jagdpacht nicht als Substanzwert bzw. als eine Einnahme der Gemeinde eingestuft. Damit hat er den Bescheid des Sachgebiets Agrargemeinschaften auf den Kopf gestellt. Die Einnahmen verbleiben demnach bei der Agrargemeinschaft, obwohl das betreffende Jagdgebiet seinerzeit aus Gemeindegut entstanden ist.

Die Gemeinde Pflach wird jedenfalls in Berufung gehen und die Entscheidung vor dem Obersten Agrarsenat bekämpfen. Obwohl es sich um einen Einzelfall han-

delt, hat der Bescheid des Landesagrarsenats natürlich Signalwirkung. Auch ÖVP-Klubchef Josef Geisler ist davon überrascht: „Natürlich wissen wir, dass jede Gemeindegutsagrargemeinschaft für sich geprüft werden muss, aber im Zusammenhang mit der Jagdpacht sind wir bis jetzt immer davon ausgegangen, dass sie in abgestufter Form den Gemeinden zusteht.“ Die Entscheidung des Senats, der eine richterliche und weisungsfreie Berufungsinstanz ist, sei jedoch zu akzeptieren. „Pflach wird jedoch mit Sicherheit die Höchstgerichte beschäftigen.“ Da erwartet sich Geisler eine entsprechende Klarstellung.

Und was passiert, wenn es diese nicht gibt? Dabei lässt der ÖVP-Klubchef aufhorchen. „Notfalls müssen wir dann Anpassungen in dem vor einem Jahr in Kraft getretenen Flurverfassungsgesetz vornehmen.“ Die Jagdpachten stehen aus seiner Sicht nämlich den Gemeinden zu.

Van Staa besuchte

Laut Landtagspräsident van Staa glaubt der inhaftierte Ex-Premier Ivo Sanader nicht an fairen Prozess. Er will sich internationalem Tribunal stellen.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Landtagspräsident Herwig van Staa (VP) ist mit dem ehemaligen kroatischen Premierminister seit Jahren freundschaftlich verbunden. Als van Staa Gemeinderat in Innsbruck war, hat er Ivo Sanader Ende der 80er Jahre kennen gelernt. 14 Jahre lebte der im Juli 2009 zurückgetretene Spitzenpolitiker in Innsbruck, in Kroatien wird ihm jetzt Korruption vorgeworfen. Nach einem internationalen Haftbefehl wurde Sanader auf der Tauernautobahn in Salzburg verhaftet und sitzt seit Mitte Dezember in Auslieferungshaft. Kroaten hat einen entsprechenden Antrag gestellt.

Dienstagvormittag hat Herwig van Staa Sanader für eine halbe Stunde in der Haftanstalt Salzburg getroffen. Gemeinsam mit Sanaders in Innsbruck le-

benden Bruder Miroslav. Warum besucht der Tiroler Landtagspräsident den unter Korruptionsverdacht stehenden Ex-Premier? „Als Politiker habe ich ihn immer geschätzt, weil er europa- und minderheitenfreundlich ist.“ Außerdem habe dieser stets die Beziehungen zwischen Kroatien und Tirol gefördert. Ihm gehe es auch um den Menschen Sanader, deshalb habe er ihn besucht.

Im TT-Gespräch betont van Staa, dass „Sanader auf mich einen gefassten Eindruck gemacht hat. Er fühlt sich allerdings als Politopfer“. Der Ex-Ministerpräsident habe ihm versichert, „dass an den Vorwürfen nichts dran ist“. Vieles werde laut Sanader von Kroatien aus gesteuert, er selbst habe sich nichts vorzuwerfen.

Van Staa berichtet weiters, dass Sanader von den kroatischen Behörden

endlich Beweise verlange, denn es liege bisher noch nichts vor. Wegen der medialen Infolut aus Kroatien kommen auch van Staa Zweifel über ein rechtsstaatliches Verfahren in Kroatien. „Ich werde dies in meiner Eigenschaft als Präsident im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas beim Europarat auch thematisieren.“

Beim Gespräch mit Sanader war auch eine Staatsanwältin anwesend. Van Staa: „Offen erklärte Sanader dabei, dass er sich um seine und um die Sicherheit seiner Familie sorgt.“ Das Urteil über ihn sei bereits gefällt worden, es stehe schon fest, würde dieser mutmaßen. Man wolle ihn für viele Jahre weg haben, spricht Sanader von einer Vorverurteilung. Und er hege ernsthafte Zweifel an einem fairen Prozess in Kroatien. Deshalb hofft der einstige politische Hoffnungs-

Wiener Polizisten nehmen

Innsbruck – Einen Tag nachdem am Schreibtisch der Sekretärin der Liste Fritz eine als Brief getarnte Bombenattrappe landete, laufen die Ermittlungen auf Hochtouren.

Es habe sich tatsächlich um eine „völlig plumpe Attrappe“ gehandelt, hieß es am Mittwoch aus der Sicherheitsdirektion. Wie die *Tiroler Tageszeitung* berichtete, hatte die Mitarbeiterin Fritz Dinkhausers ein mit dem Absender „Agrar Tirol“ versehenes Kuvert geöffnet. Heraus fiel eine Dose mit Draht. Das Schreiben selbst war übrigens an LA Andreas Brugger adressiert. Der Anwalt ist in Sachen Agrargemeinschaften Vertreter mehrerer Gemeinden.

Auch wenn die Bombe nicht funktionsfähig war, hat die Staatsanwaltschaft das Landeskriminalamt mit Ermittlungen beauftragt. Die Spuren sind bereits alle gesichert.

Die Sicherheitsdirektion bestätigte am Mittwoch, dass die Attrappe von den Experten der Kriminaltechnischen